

# Weichenstellungen

Autor(en): **Maurer, Adolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **54 (1979)**

Heft 10

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-104895>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Noch anfangs der siebziger Jahre waren wir mit unserer frauenstimmrechtslosen Schweiz ein zumindest europäischer Sonderfall, oft belächelt. Doch schon bei den vorletzten Nationalratswahlen (1971) durften unsere Frauen zum erstenmal aktiv (wählen) und passiv (gewählt werden) mitmachen. Auf den ersten Anrieb waren dann auch 5% der Gewählten Frauen. Bei den Wahlen vom Herbst 1975 stieg der Anteil der Frauen im Nationalrat auf 7,5%. Das ist zwar keine stolze Zahl, liegt aber doch auch nicht ausserhalb des internationalen Rahmens. Nicht nur in der Wirtschaft, auch in der Politik wird den Frauen schwermgemacht, sich durchzusetzen und aufzusteigen. Von einigen komischen Überbleibseln in der Ostschweiz abgesehen, ist dieser Sonderfall Schweiz schliesslich relativ rasch eliminiert worden. Von den meisten seinerzeitigen Frauenstimmrechtsgegnern wird anerkannt, dass die in den Räten vertretenen Frauen ihren männlichen Kollegen ebenbürtig sind. Ohne Zweifel haben gewisse Fragenbereiche von der Assistenz von Frauen profitiert.

Nun hat sich ein anderes staatsbürgerliches Problem in den Vordergrund geschoben. Es lag schon lange im Raume, hat sich aber in letzter Zeit rapid verschärft: Die sinkende Beteiligung der Stimmbürger an Abstimmungen und Wahlen. Noch vor wenigen Jahren hatte sich der biedere Deutschschweizer pharisäerhaft an die Brust geschlagen ob den zwanzigprozentigen Stimmbeteiligungen der Genfer. Und nun hat es auch uns erwischt, sind auch wir im gleichen Spital krank. Auch bei uns gibt es Abstimmungssonntage, an denen sich nur noch zwei bis drei von zehn Stimmbürgern (und immer auch -bürgerinnen) an die Urne bemühen.

Die Stimmfaulheit in unserer Ur- und Superdemokratie hat sich zu einem echten Problem entwickelt, das die Behörden aller Stufen und Regionen beschäftigen muss. Man spürt, dass die Stimmbürger in einer eigentlichen staatsbürgerlichen Identitätskrise stecken. Kommunistische oder faschistische Regierungssysteme, in denen dem Volk Menschen- und Freiheitsrechte vorenthalten werden, stehen zurecht in der öffentlichen Kritik. Die meisten dieser Kritiker sind aber nicht bereit, im eigenen Haus zum Rechten zu sehen und vor der eigenen Türe zu wischen. Dazu zählen jene Schweizer, die zu blöd und zu faul sind, um das stimmbürgerliche Werkzeug in

Form von Stimm- und Wahlzetteln zu nutzen. Dabei ist es doch wirklich keine grosse Belastung, pro Jahr vier- bis fünfmal an die Urne zu gehen.

Wir können nicht umfassend den Gründen nachgehen, die zu dieser ungesunden Stimmfaulheit, als Ausdruck staatsbürgerlicher Interesselosigkeit, führen. Nur andeutungsweise: Stossen der aggressiver gewordene Politrummel einer Sorte «Intellektueller aus besten Familien» oder die sich vornehm gebende Schaumschlägerei auf der anderen Seite den Durchschnittsbürger ab? Die Stimmabstinenz ist erfahrungsgemäss bei den unteren Sozialschichten am grössten; entsprechend ist ihre politische Schwäche. Viele finden sich als zu häufig übergangen und argumentieren, «die Herren machen doch, was sie wollen». Sie übersehen, dass sie ja nur darum «nichts» erreichen, weil zu viele ihrer Kolleginnen und Kollegen sich ebenso passiv verhalten wie sie selber.

Andere meinen, es müsse «dem Volk zuerst schlechter gehen», bevor es sich der in ihm schlummernden politischen Kraft (mit dem Stimmzettel) bewusst werde. In solchen Gedanken steckt eine Prise Marxscher Verelendungstheorie. Diesbezüglich zeigt die Geschichte deutlich, dass eine aktive, evolutionäre Entwicklung, beispielsweise mit dem demokratischen Instrument des Stimmzettels, den breiten Volksschichten mehr und dauerhafteren Erfolg zu bringen vermag als explosive Volksbewegungen. Der demokratische Weg braucht mehr Zeit, ist aber solider. Selbst für die AHV brauchte es mehrere Anläufe. Übrigens liegt es am Stimmvolk, die «demokratischen Mühlen» schneller mahlen zu lassen.

Dass allgemeiner Wohlstand nicht zu Stimmabstinenz führen muss, zeigte Schweden vor wenigen Wochen. Bei den letzten Parlamentswahlen erreichte dieses Land, in dem auch der Fabrikarbeiter einen beachtlichen Lebensstandard geniessen darf, eine Stimmbeteiligung von über 90%. Übrigens weisen auch unsere Nachbarländer ähnlich hohe Wahlbeteiligungsziffern aus.

Politisch Unerfahrene entschuldigen ihre Stimmabstinenz gern mit: «Eine einzelne Stimme hat ohnehin kein Gewicht.» Sie übersehen dabei, dass Hunderte, Tausende ähnlich denken, gleich handeln und damit sich und ihren sozialen Stand schwächen. Es sollte doch zu denken geben, dass, beispielsweise in Zürich, die Wähler am Zürichberg oder an der «Goldküste» sehr viel zahlreicher an

die Urnen gehen als die Bewohner in ausgesprochenen Arbeiterquartieren. Man geht eben nicht nur ins Stimmlokal, um «etwas» zu erreichen, sondern auch, um Drohendes zu verhindern.

Obschon Genossenschaftsmieter ein höheres Demokratieverständnis haben als der Durchschnittsbürger, so möchte ich den geschätzten Leser doch herzlich bitten, unbedingt an die Urnen zu gehen. Es ist fast weniger wichtig, wie gestimmt wird, als dass gestimmt wird. Immerhin sind National- und Ständeratswahlen ganz entscheidende Weichenstellungen. In den Eidgenössischen Räten wird auf weit mehr als vier Jahre hinaus die Marschrichtung festgelegt. Die Neugewählten haben über einen Katalog von Fragen zu entscheiden, die uns alle ganz direkt berühren, fast bis auf die Knochenhaut. Es wird gehen um die AHV, die Preiskontrolle, die Krankenversicherung, die Kostendeckung des Strassenverkehrs, die Bankenkontrolle, die Förderung unserer Bahnen, den Panzer 68, die Lastenverteilung durch Steuern und anders mehr. Diese unvollständige Aufzählung zeigt hoffentlich eindrücklich genug, dass es nicht gleichgültig ist, wer in Bern am Kommandopult sitzt.

Neben bewährten Männern sollten unbedingt mehr unerschrockene Frauen in Bern dabei sein. Schreiben Sie solche Namen doppelt. Fragen Sie sich überhaupt bei jedem Namen, ob dahinter ein Mensch sei, der Ihre Sorgen kennt und Ihre Interessen vertritt. Unbedingt gehören auch aktive Baugenossenschaftler aus allen Kantonen in das Eidgenössische Parlament.

Einen besonderen Appell richte ich an die Leser im Kanton Zürich, welcher Partei sie auch stimmen mögen: Kumulieren Sie auf jeder Nationalratsliste den Namen unseres Zentralpräsidenten *Otto Nauer*. Seit Jahrzehnten kenne ich *Otto Nauer* persönlich, schätze seinen ungeheuren Einsatz für die Baugenossenschaften, seine Gradlinigkeit, seine kooperative Menschlichkeit.

Nehmen Sie mir, bitte, als altem Bühnler, meine «Weichenstellung» nicht übel. Noch besser: Machen auch Sie mit als Weichensteller oder Weichenstellerin.

*Ihr Adolf Maurer, Zürich*